

Baba, Evrim

1. Aus den Programmatischen Eckpunkten:

Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab – Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.

Welchen Stellenwert misst du dem Feministischen in Beziehung zu den anderen Eckpunkten der Partei DIE LINKE. bei?

Antwort 1:

Marx sah in der Befreiung der Einzelnen die Voraussetzung für die Befreiung aller. Zugespitzt könnten wir auch formulieren, dass die Befreiung der Frau die Voraussetzung der Befreiung aller ist. Denn zu Recht schrieb die Revolutionärin Louise Michel, die an der Pariser Commune teilnahm: „Sklave ist der Proletarier, Sklave aller Sklaven ist die Frau des Proletariers.“ Und weiter: „Die revolutionäre Frau (...) führt einen doppelten Kampf: den um die äußere Freiheit – in diesem Kampf findet sie in dem [revolutionären] Mann ihren Genossen, kämpft sie mit ihm für die selben Ziele, für die selbe Sache – und den um ihre innere Freiheit, eine Freiheit, die der Mann schon seit langem genießt. In diesem Kampf ist sie allein.“

Genau dieser Erkenntnis folgte auch Clara Zetkins: „Diejenigen, welche auf ihr Banner die Befreiung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, geschrieben haben, dürfen nicht eine ganze Hälfte des Menschengeschlechtes durch wirtschaftliche Abhängigkeit zu politischer und sozialer Sklaverei verurteilen. Wie der Arbeiter vom Kapitalisten unterjocht wird, so die Frau vom Manne...“

Eine politische Kraft, die sich soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hat, kommt also am Feminismus nicht vorbei. Und sie muss dem Feministischen in Beziehung zu den anderen Eckpunkten der Partei DIE LINKE. eine entsprechend ebenbürtige Bedeutung beimessen. Ohne gleichberechtigtes Verhältnis zwischen den Geschlechtern in allen Lebens- und Arbeitsbereichen ist keine gerechte Gesellschaft möglich. Eine solche Linke muss Forderungen nach Verbesserungen innerhalb des Systems erheben, aufgreifen und für die wirkliche Umsetzung von gesetzlichen Bestimmungen für die Gleichstellung der Frauen kämpfen. „Gendermainstreaming“ ist inzwischen ein etabliertes Konzept und

einzelne Forderungen der diversen Frauenbewegungen wurden erfüllt, allerdings stellt sich immer wieder heraus, dass das kapitalistische System genug Flexibilität aufweist, um auf die Veränderungen einzugehen ohne das Geschlechterverhältnis grundsätzlich zum Wanken zu bringen. Was gesetzlich als Gleichberechtigung verankert ist, wird von ökonomischen, rechtlichen und alltäglichen Regulationsmechanismen wieder unterlaufen. Deshalb gilt es die Forderungen und Reformen mit der Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft zu verbinden, da die Möglichkeiten der Umsetzung im Kapitalismus beschränkt sind.

Frauen allgemein und Migrantinnen im Speziellen sind aus dem bürgerlichen Gleichheitsversprechens ausgeschlossen und werden nach wie vor entlang rassistischer bzw. sexistischer Zuschreibungen partiell und ungleichwertig in den Arbeits- und Sozialsysteme integriert. Sie müssen sich in gewissem Maße gesellschaftliche Anerkennung und Rechte erarbeiten, die anderen qua Geburt zustehen. Kapitalismus, Sexismus, Rassismus, Patriarchat sind keine voneinander losgelösten Unterdrückungsmechanismen. Aufgrund des Geschlechts, der Klassenzugehörigkeit, des Alters, der Nationalität oder der „ethnischen“ Herkunft haben Menschen ungleiche Position in der Gesellschaft. Migrantinnen sind durch rassistische Sondergesetze zusätzlich diskriminiert (z.B. Verlust der Aufenthaltsgenehmigung bei einer Scheidung). Marginalisierung, neue Armut und der Vormarsch rassistischer und rechtsextremer Ideologien („nationaler Feminismus“) machen deutlich, dass eine Auseinandersetzung mit Machtbeziehungen und Differenzen zwischen Frauen der unterschiedlichsten soziokulturellen Herkunft und Lebenszusammenhänge unerlässlich ist. Wer geschlechtliche Ungleichheit abschaffen will, muss zugleich antifaschistisch, antirassistisch und internationalistisch sein.

2. LISA, die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE stellt in ihrem Entwurf eines Feministischen Manifest folgende These auf:

Die Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse wie die Produktionsverhältnisse Geschlechterverhältnisse sind. Ein neuer Geschlechtervertrag muss in der Welt der Produktion der Lebensmittel und in der Welt der Lebensproduktion durchgesetzt werden.

Wie stehst du zu dieser These?

Welche Initiativen wirst du ergreifen, die Veränderungen in der Beziehung von Produktion (Erwerbsarbeit) und Reproduktionsarbeit (Sorgearbeit) befördern?

Inwiefern ist die Geschlechterproblematik für dich eine Querschnittsfrage in jeglicher Politik und vor allem in deinem politischen Schwerpunkt?

Antwort 2:

Geschlechtliche Ungleichheit wird durch wissenschaftliche, kulturelle und institutionelle Bestimmungen und deren ökonomische Rahmenbedingungen hervorgebracht - und schließlich von den Individuen verinnerlicht. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse haben entscheidend zur Festigung des hierarchischen Geschlechterverhältnisses beigetragen. Was gesetzlich als Gleichberechtigung verankert ist, wird von ökonomischen und alltäglichen Regulationsmechanismen wieder unterlaufen; durch die Zementierung der Geschlechterordnung durch Arbeitsverhältnisse, bei denen Frauen in den Niedriglohnsektor als Zuverdienerinnen abgedrängt werden, gleichzeitig jedoch in der Kinderbetreuung - die meist von Frauen wahrgenommen wird - nicht entlastet und mit der Verlagerung der Pflege ins Haus sogar noch zusätzlich belastet werden. Frauen werden, gerade auch heute wieder durch den Umbau des Sozialsystems, in eine untergeordnete Stellung abgedrängt.

Die Arbeitsverhältnisse im Kapitalismus sind weltweit davon bestimmt, dass möglichst Viele für immer weniger Lohn arbeiten sollen; erkämpfte Arbeits- und Sozialrechte werden beschnitten und abgeschafft. Mit Druck und Konkurrenz in den Betrieben, Privatisierung von gesellschaftlichem Reichtum, Auslagerung von Betrieben und mit EU-Maßnahmen und WTO-Richtlinien zur „Liberalisierung“ wird alles als Ware in Konkurrenz gesetzt: die Arbeitskraft, die Menschen, die Beziehungen zwischen den Menschen, Flora und Fauna. Die sexistische Arbeitsteilung ist eine der Grundlagen für die ökonomische Ausbeutung von Frauen im Kapitalismus. Von Frauen wird erwartet, dass sie Lohnarbeit und persönliche Hausarbeit und das Leben mit Kindern individuell unter einen Hut bringen. Das System der Lohnarbeit im Kapitalismus funktioniert nur, wenn (Ehe)Frauen, Lebensgefährtinnen, Mütter oder Großmütter die persönliche Hausarbeit für den Mann als „Ernährer“ selbstverständlich „freiwillig“ übernehmen.

So hat sich Hausarbeit inkl. Kinderbetreuung erst mit der Durchsetzung kapitalistischer Gesellschaft herausgebildet. Das Zusammenspiel aus unbezahlter Arbeit in der Familie und billiger Arbeitskraft ist für

kapitalistische Produktion kostengünstig und effektiv: ohne dafür bezahlt zu werden, sorgen Frauen dafür, dass der Mann am nächsten Tag gut gestärkt wieder „produzieren“ gehen kann, oder sie kümmern sich um die Erziehung der Kinder – die künftigen ArbeitnehmerInnen, Hausfrauen und KonsumentInnen. Die Reproduktion der Arbeitskraft ist so in die häusliche, mit Frauen verbundene Sphäre verlagert. Ungleichheit der Geschlechter ist ein Grundzug kapitalistischer Gesellschaft; einer Gesellschaft, in der Gleichheit und soziale Gerechtigkeit unter Finanzierungsvorbehalt stehen und Menschen nach kapitalistischer Profitlogik lediglich entsprechend ihrer ökonomischen Verwertbarkeit Rechte zugestanden wird.

Es kann letzten Endes kein linkes Ziel sein, Frauen den Männern in dem Sinne gleichzustellen, dass sie zu gleichberechtigten Warenproduzenten gemacht werden. Dies wäre zum einen konkurrenztechnisch nicht möglich und zum anderen keine Befreiung, sondern eine Angleichung an die männlich-patriarchale Norm. Einzige Befreiung ist die radikale Beseitigung des Systems als warenproduzierendes Patriarchats. Trotzdem gehört eine Beschäftigung im Bereich der Gleichberechtigung zu jeder linken Position. Dies ist notwendig, um Frauen das Leben nicht nur lebenswerter, sondern überhaupt lebbar zu machen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, in allen Politikbereichen – also querschnittsbezogen - Stunden politische Arbeit - und Zeit für FreundInnen, Kultur und Vergnügungen. Notwendig ist dafür eine Erwerbsarbeit, die das eigene Auskommen sichert. Und notwendig ist eine reproduktive Arbeit - Pflege und Erziehung, Hausarbeit, Lehren und Lernen -, die auf alle verteilt ist, auf Männer und Frauen. Politische Arbeit ist notwendig, weil noch viel zu tun ist, um zukunftsfähige und menschenwürdige Formen des Zusammenlebens erkämpfen.

Viel zu tun bleibt gegen das „Sparen“ und „Privatisierung“ öffentlicher Dienstleistungen, gegen den Abbau medizinischer Versorgung, die Schließung von Schulen, Kindergärten und Kantinen, gegen das Zuschneiden des Bildungswesen auf eine gesellschaftliche Elite usw. Die „Freiheiten des Marktes“ genießen Vorrang vor politischen und sozialen Grundrechten. Denn genau auf diese Weise sollen Frauen als Konkurrentinnen „nach Hause“ abgeschoben werden. Stattdessen muss endlich unter gleichen Arbeitsbedingungen am gleichen Ort und für die gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt werden, unabhängig von Geschlecht und Herkunft. Es muss endlich ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden, damit Beschäftigte nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden können!

Die Einführung eines Mindestlohns wäre auch gerade für die Bekämpfung geschlechtlicher Ungleichheit ein wichtiges Instrument. Wie der EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla mitteilte, herrscht in Deutschland eines der größten Ungleichgewichte bezüglich des Stundenlohns von Männern und Frauen. Im EU-Vergleich ist der Verdienst von Frauen durchschnittlich um 15 Prozent niedriger. Ähnlich ungleich geht es bei Stellenbesetzungen zu. Europäische Gerichtshof sekundiert dabei durch entsprechende Urteile in den Bereichen Streikrecht und Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen. In Berlin haben wir die Auswirkungen deutlich zu spüren bekommen. Durch das Ruffert-Urteil wurde z.B. das Berliner Landesvergabegesetz gekippt. Das war ein Erfolgsprojekt der Berliner LINKEN. Öffentliche Aufträge hätten danach in Berlin nur noch an Unternehmen gehen dürfen, die nach Tarif - mindestens aber 7,50 Euro die Stunde - bezahlen. Nach dem Urteil hat der Senat die Vergabestellen informiert, dass die Tariftreueerklärungen nicht mehr eingefordert werden dürfen. Die Tariftreueverpflichtung wird aus dem Landesvergabegesetz gestrichen und auf Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz reduziert. Geschlechtergerechtigkeit als Vergabekriterien bei öffentlichen Aufträgen ist steht damit weiter auf der Agenda linker Forderungen.

Wir wissen, dass Kapitalismus und Patriarchat weltweit Elend, Hunger, unerträgliche Lebensumstände und Kriege produziert und viele Frauen zwingt zu flüchten, z.B. in Richtung Europa. Zentrale linke Themen sind für mich deshalb Migrations-, Menschenrechtspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Eine Migrationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, die Menschenrechte achtet, Menschenleben schützt und nicht nach Nützlichkeit selektiert, ist unabdingbar. Und, ich denke, dass ich diesbezüglich eine Menge Erfahrung von der Landesebene einbringen kann. Beispielsweise Erfahrungen über die besonderen Diskriminierungen von Frauen und insbesondere Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, sei es durch sexuelle Gewalt oder die Mehrfachbelastung infolge traditioneller Rollenzuschreibungen oder durch rechtliche Regelungen.

3. Welche Bedeutung misst du als zukünftige/r Europaparlamentsabgeordnete/r dem Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit bei?

Beschreibe deine Vorstellungen von der Zusammenarbeit mit der Frauenorganisation der LINKEN.

Zu 3.

Uns Frauen der LINKEN geht es darum, eine sozialistische Perspektive der Frauenbewegung wieder in die Debatte zu bringen. Wichtige Foren für derartige Debatten sind die Frauenkongresse der LINKEN wie zuletzt Anfang Oktober 2008 in Erkner bei Berlin, wo sich mehr als 130 Frauen trafen, um über das zukünftige Programm der Partei zu diskutieren. Genau so wichtig sind für mich die Treffen im Rahmen des Feministischen Netzwerkes der Europäischen Linken (el-fem). Mitte Januar 2009 nahm ich mit ca. 80 weiteren Frauen aus 13 Ländern an einem Seminar des el-fem zum Thema „Frauen als Friedensarbeiterinnen, Friedensstifterinnen und Frieden Erhaltende“ teil, dass in Kooperation mit LISA in Leipzig durchgeführt wurde.

Mit der BAG LISA bin ich auf besondere Weise verbunden, durch unser Programm, durch die Arbeit der vergangenen Jahre, durch unser Ringen um feministische Positionen in der Partei und den Kampf um Chancengleichheit von Frauen in Partei und Gesellschaft. Als aktives Mitglied der BAG LISA will ich innerhalb und außerhalb der Partei DIE LINKE für unsere Vorstellungen werben.

Mit diesen müssen wir in die parlamentarische Arbeit eingreifen und soweit es geht für Reformen nutzen und versuchen, zusammen mit gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Kräften weitere Zugeständnisse durchzusetzen. Ich halte dies ganz im Sinne von Rosa Luxemburg für außerordentlich wichtig, denn zwischen Sozialreform und der sozialen Revolution besteht „ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“

Um politische Auseinandersetzungen auch auf in der EU bestreiten zu können, braucht es breite Bündnisse aus linken europäischen Parteien, Bewegungen, Initiativen und Gewerkschaften. In einer solchen Allianz muss sich der Wille zum gemeinsamen und zum europaweiten Handeln durchsetzen. „Das Häuflein Deputierter ist eine Macht durch die realen außerparlamentarischen Kräfte, die es repräsentiert.“ Das sagte schon Karl Liebknecht vor 95 Jahren und das ist heute noch genau so richtig wie damals!

In meiner Arbeit als Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie als frauenpolitische und entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion habe ich einen engen Kontakt zu außerparlamentarischen Organisationen und Initiativen. Da Frauenpolitik für mich eine Querschnittsaufgabe ist habe ich betrifft viele freien Träger im frauenpolitischen Bereich, im entwicklungspolitischen Bereich beispielsweise den Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag, im flüchtlings- und migrationspolitischen Bereich den Flüchtlingsrat, aber eben auch antirassistische und antifaschistische Initiativen. Es muss darum gehen, den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu intensivieren und auch parlamentarisch für gemeinsame Positionen zu streiten. Dies will ich auch weiter wie bisher tun. Bisher habe ich trotz manchmal schwieriger Bedingungen meine Glaubwürdigkeit bewahrt.